

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Nr. 8.

Berlin, den 8. November 1916.

11. Jahrgang.

Partei pharisäer.

Ein in der Geschichte der Partei, ja in der politischen Geschichte überhaupt, noch nicht dageweijener Gewaltstreich ist von Männern verübt worden, die an der Spitze einer Bewegung stehen, deren Lebenselement, Gegenwarts- und Zukunftsziel der Kampf für Sozialismus und Demokratie ist: das brutal-perfidie Attentat des Vorstandes der deutschen sozialdemokratischen Partei auf den „Vorwärts“! Das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Grundsätze und Traditionen einer rein demokratischen Partei, alle Begriffe von Treu und Glauben sahen wir in den letzten Wochen über den Haufen geworfen, niedergetrampelt und verhöhnt von Leuten, die einst das Vertrauen ihrer Genossen zu gewissenhaften Gütern und Wächtern der demokratischen Freiheit gemacht hatte. Die Parteidemokratie ist von einer Parteidiktatur verdrängt worden, die noch verächtlicher und gefährlicher ist als jede andere zurzeit herrschende Diktatur, weil sie ihrer Brutalität eine heuchlerische, pharisäische Maske vorzubinden, ihre des Dezembermannes Napoleon III. würdigen Methoden mit verlogenen Berufungen auf die „sozialistische Weltanschauung“ usw. zu drapieren sucht.

Die Geschichte und die Einzelheiten dessen, was man kurzweg den Vorwärtskonflikt nennt, was aber, von einer höheren Warte betrachtet, den moralischen Zusammenbruch der Kriegspolitik der offiziellen deutschen Sozialdemokratie darstellt, haben die Genossen durch ihre Organisationen erfahren, und finden sie hier kurz zusammengefaßt noch einmal an anderer Stelle. Hier soll das Vorgehen des Parteivorstandes nur vom Standpunkte politischer und demokratischer Moral beleuchtet werden.

Wenn irgendwo, so zeigt sich die demoralisierende Wirkung des furchtbarsten aller Kriege besonders erschreckend bei den Männern, die dank des Kriegszustandes die Zügel und die Mittel der Partei noch immer in den Händen halten können. Seit Jahren frei von jeder energischen, demokratischen Kontrolle durch Parteitage usw. legen sie daselbe „krankhafte Machtgefühl“ an den Tag, das jüngst Herr Müller-Meinigen im Reichstage an den Vertretern einer anderen Diktatur geißelte. Einer Diktatur, die vor unserer Parteidiktatur immer noch

den Vorzug einer in ihrem Wesen begründeten Ehrlichkeit und Offenheit hat.

„Das Leben einer geistig regen, demokratischen Partei steht mit einer Aufhebung aller demokratischen Rechte im schärfsten Widerspruch. Man kann nicht ohne die schwersten Schäden eine demokratische Bewegung mit einem Schläge in eine unumschränkte Gewaltherrschaft verwandeln. Die Personen, die diese Gewalt ausüben, können solcher Verantwortung weder sachlich noch moralisch gewachsen sein.“

Der Mann, der diese Sätze niedergeschrieben hat, ist der Reichstagsabgeordnete — — Wolfgang Heine, der es liebt, seine „sozialdemokratischen“ Anschauungen in Leitartikeln des „Berliner Tageblatts“ der bürgerlichen Welt zu verkünden. Aber so genau wir wissen, daß Heine uns und die Mehrzahl der Berliner Parteigenossen mit seinem ehrlichen Haß beglückt, so sehr stimmen wir seinen oben angeführten Worten zu. Freilich einer kleinen Fälschung haben wir uns schuldig gemacht. Wo wir „demokratische Partei“ sagen, spricht Heine von einer „gesitteten Nation“, wir schreiben von „demokratischen“, Heine von „staatsbürgerlichen“ Rechten, wir nennen „demokratische Bewegung“, was Heine als „Rechtsstaat“ bezeichnet, aber abgesehen von diesen beiläufigen Nuancen stimmen wir vollständig mit Heine, vor allem aber mit seinen Schlussfolgerungen überein. Denn Heine und alle die, die von dem schönen Bande der sozialdemokratischen Vorstands- und Fraktionsmehrheitspolitik umschlungen werden, geben doch zu, daß die von ihnen aufgestellten Grundsätze der politischen Moral für alle Erscheinungen des politischen Lebens Geltung haben; damit natürlich auch für das Drum und Dran des „Vorwärts“-Konfliktes und das pharisäisch-diktatorische Gebaren des Parteivorstandes.

Darum wollen wir dem Vorstande auch noch die folgenden Worte Heines unter die jetzt noch so hochgetragenen Nasen reiben: „Die Versuche, oppositionelle Regungen durch Gewaltmittel zu unterdrücken, müssen natürlich versagen; und ebenso natürlich ist es, daß auf eine wirkungslos gebliebene Maßregel eine zweite und dritte gestopft wird, und daß je länger der Zustand dauert, die Unterdrückung immer gehässiger und die Stimmung nicht besser, sondern immer verbitterter wird. Das weiß jeder, der sich auf geistige

Bewegungen versteht, aber es wissen das nicht die **Aktenmenschen** und diejenigen, die alles unter dem Gesichtspunkte des Exerzierplatzkommandos betrachten.“

Nun wissen wir nur zu gut, daß alle Appelle an Moral, Recht und Vernunft bei Gewalt- und Aktenmenschen vollständig verjagen, daß Leute, bei denen das „krankhafte Machtgefühl“ noch gesteigert wird durch psychologische Unterströmungen, wie Sorge um politischen Einfluß und persönliche Existenz, weder begangene Fehler eingestehen noch gut zu machen suchen. Solche in ihrem blinden Machttrausch dahin Taumelnde müssen eben nackt in ihrer ganzen Sünden Maienblüte hingestellt werden, nur so können sie, mögen ihnen günstige Zeitumstände auch einige Pyrrhus Siege gestatten, zuletzt doch der verdienten Niederlage preisgegeben werden.

Reißen wir also dem Parteivorstande die heuchlerische Maske vom Gesicht, mit der er seine Rolle als Scherge und Senfersknecht gegen das Recht der freien Meinung, gegen die demokratischen Grundrechte der Partei, gegen den klaren Wortlaut des Parteistatuts, gegen Treu und Glauben und gegen die unbestreitbaren Rechte der Berliner Parteigenossen auf ihr Eigentum, den „Vorwärts“ zu spielen sucht.

Unehrllich und pharisäisch handelt der Parteivorstand und die mit ihm durch dick und dünn gehende Sippe, wenn sie mit starken Worten den Kampf gegen Zensur und Belagerungszustand zu führen vorpiegeln. Denn der Vorwärts-Konflikt zeigt mit handgreiflicher Deutlichkeit, daß der Parteivorstand mit Wonne das Holz aufgriff, das ihm die Militärzensur hinwarf, um sich daraus die Krücken zu schnitzen, auf denen er in die Vorwärtsredaktion hineinstapfen konnte, und mit denen er jetzt auf die Berliner Parteigenossen losschlägt.

Unehrllich und pharisäisch handelt der Parteivorstand, wenn er und seine journalistischen Kostgänger behaupten, daß all ihr Tun nur der „Parteiinheit“ gewidmet sei. Er weiß sehr gut, daß das Recht auf freie Kritik das Lebens- element der Partei ist, er weiß, daß die Beschlüsse der Reichstagsfraktion für die Partei keine dogmatische Kraft haben und ungehemmt kritisiert werden dürfen. Aber er behandelt jede Kritik, jede Opposition seit Kriegsbeginn als eine *crimen laesae majestatis*, als ein Majestätsverbrechen. Ohne Verständnis für die politische Einschränkung infolge des Kriegszustandes und die daraus folgenden psychologischen Wirkungen auf die davon Betroffenen, wütet er genau nach der Methode der Mächte, die mit Schuchhaft und politischer Zensur arbeiten, gegen die Parteimitglieder, die eine andere Meinung haben. Nicht als Wächter der Parteiinheit, nicht als menschlich gerechte und historisch geschulte Vollstrecker einer hohen demokratischen Mission fühlen sich die Männer im Vorstande, sondern als Verfechter einer politischen Meinung, auf die sie sich kurz-

sichtig in dieser furchtbar folgenschweren Zeitphase festgelegt haben. In dieser einseitigen Verblendung treiben sie unter heuchlerischer Berufung auf die Parteiinheit einen Keil nach dem andern in diese Parteiinheit. Gefrönt aber haben sie ihr Werk durch die letzten Taten, durch die sie die erdrückende Mehrheit von acht Wahlkreisen, darunter die größten Deutschlands, bis aufs Blut aufgepeitscht und gereizt haben.

Unehrllich und pharisäisch handelt der Parteivorstand, wenn er sich, sobald es ihm gutdünkt, auf das Parteistatut und auf festgelegte Parteibeschlüsse beruft. Wie er überhaupt meisterhaft mit den Paragraphen dieses Statuts zu jonglieren versteht. Sobald es ihm paßt, sobald Paragraphen und Beschlüsse gegen die unliebsame Opposition verwendet werden können, gibt es keinen eifrigeren Verfechter des Statuts als den Parteivorstand. Sobald es ihm aber nicht in seinen sauberen Kram paßt, tut er, als ob die Partei nie ein Statut gehabt habe — siehe sein Verhalten zur Berliner Preßkommission im „Vorwärts“-Konflikt.

Unehrllich und pharisäisch handelt der Parteivorstand, wenn er behauptet, daß er im vorliegenden Falle nicht anders handeln konnte, weil die Zensurbehörde nur die von ihm angebotenen Garantien anerkennen wollte. Diese Behauptung läßt sich in ihrer ganzen Haltlosigkeit durch eben dieselbe Zensurbehörde dokumentarisch widerlegen. Aber zur Unehrllichkeit des Parteivorstandes gesellt sich hier die ganze Dünkelhaftigkeit machtlüsterner Bureaukraten. Bis an die Grenze der Selbstverleugnung waren die Berliner Instanzen gegangen, wenn sie einem Parteivorstandsmitgliede die unbeschränkte Zensurkontrolle des „Vorwärts“ in die Hand geben wollten. „Man kann es einem Parteivorstandsmitgliede nicht zumuten, die — wohlgemerkt zensurelle — Verantwortung für ein Blatt zu übernehmen, in dem die Meinung des Parteivorstandes nicht zum Ausdruck kommt“, war die hochnäsige Antwort des Parteivorstandes. Hier zeigen sich die Tempelwächter der Demokratie in ihrer ganzen Schönheit. Kaltherzig und hunde- schnäuzig muten sie den Zehntausenden von Berliner Parteigenossen und Lesern des „Vorwärts“ zu, daß ihr Blatt jetzt durch den Parteivorstand in einem Sinne geleitet und gehalten wird, der ihrer Ueberzeugung geradezu ins Gesicht schlägt. Hohlnlachend muten sie der im Parteistatut vorgesehenen zweiten Ueberwachungsinstanz des „Vorwärts“, der Berliner Preßkommission, zu, ihre Rechte und Pflichten in die Tasche zu stecken und den Chefredakteur, der durch eine Häufung von Willkürakten zu Amt und Würden gekommen ist, schalten und walten zu lassen.zynisch redet man von „Loyalität“ in der neuen Redaktionsführung, mutet aber der bisherigen Redaktion des „Vorwärts“ zu, journalistische Kuliarbeit zu verrichten und sich im eigenen Blatte mundtot machen zu lassen, nimmt ihr jeden Einfluß auf den äußeren und inneren Charakter des Blattes.

Berliner Parteigenossen! Es ist nur ein kleiner Abschnitt aus dem Sündenregister der Männer, denen Ihr einst blindes Vertrauen geschenkt habt. In nächster Zeit wird dem hier gezeichneten Charakterbilde dieser Parteipharisäer noch mancher Strich zugefügt werden müssen. Nicht um der Freude am Krakeel willen. Wem stünde der Ekel über solche Vorgänge nicht bis zum Hals! Wohl aber um der Ehre, um der Gesundheit, um der Zukunftsaufgaben unserer Partei, unserer großen Kulturbewegung willen. Man hat Euch einen Kampf aufgedrängt, der durchgeföhrt werden muß bis zum bitteren Ende. Es wird kein dahinbrausender Sturm sein, sondern ein langwieriger Schützengrabenkampf. Noch steht der Gegner da im Vollbesitze seiner Macht, gestützt auf Positionen, die ihm der gegenwärtige Kriegszustand festigt. Aber bei tapferem und zähem Aushalten, bei geschlossenem Vorgehen, bei energischer Durchführung der von Euch und Euren Vertrauensmännern als notwendig erkannten Beschlüsse und Maßregeln wird der Sieg Euch schließlich doch winken.

* * *

Noch einer.

Als Hoherpriester und würdiger Eideshelfer steht neben den oben geschilderten Parteipharisäern der derzeitige Leiter des „Vorwärts“-Verlags, Richard Fischer. Er stellt sein Amt willig in den Dienst der Parteidiktatur und benutzt raffiniert die ihm anvertrauten geschäftlichen Nachtmittel, um alle die, die nicht seiner Meinung sind, zu knebeln und zu bütteln. Wenn ein Richard Fischer und so manche mit ihm eine einst ehrenvolle Parteivergangenheit in herostratistischer Weise in den Staub zieht und jetzt bespeit, was ihm einst heilig war, so ist das seine und seiner Freunde Sache. Jedenfalls können sie nicht verlangen, daß um ihrer Parteivergangenheit willen ihre zum Himmel schreienden Sünden in dieser so furchtbaren Völkerverkehrung ruhig und ergebungsvoll hingenommen werden. Ein Mann, der auf die Ueberzeugung und die Rechte der Berliner Genossen pfeift, darf sich auch nicht wundern, wenn er einmal von einem Sturmwinde der Erbitterung hinweggefegt wird.

Als Notwehr in einem aufgezwungenen Kampfe hat die Berliner Verbandsgeneralversammlung am 29. Oktober eine Reihe von Abwehrmaßnahmen beschlossen, um das gute Recht der Berliner auf ihren „Vorwärts“ wiederzuerobern. Der Bericht über diese Versammlung, den bürgerliche Blätter schon am 30. Oktober bringen konnten, durfte den Lesern des „Vorwärts“ erst am 31. Oktober vorgelegt werden. Freilich, es war nicht der Bericht, den die Redaktion in Druck gegeben hatte. Der „Chefredakteur“, ein Mann, der in diesem Streite wie nur einer Partei ist, hat ihn zusammengestrichen und damit tendenziös zurechtgestutzt. Alles im Namen der Demokratie, der Parteieinheit und

der sozialistischen Weltanschauung! Spießgeselle Fischer aber, als Leiter des „Verlags“, durfte dem Bericht eine Erklärung anhängen, in der er die Leser des „Vorwärts“ bittet, „ihr eigenes Blatt zum Gaudium ihrer Feinde nicht zu schädigen“. Die Berliner Parteigenossen sollen nach Fischer die Beschlüsse ihrer Verbandsgeneralversammlung nicht befolgen, weil dies das Verbrechen des Boykotts bedeute.

Ach, Herr Fischer, wo waren Sie denn, als Ihr politischer Busenfreund und Gesinnungsgenosse Carl Legien voll Hohn und mit der ihn zierenden Selbstüberhebung in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ bekannte, daß er das Blatt der Berliner Partei boykottiert habe, weil es für ihn ein gegnerisches Blatt sei?

Wo waren Sie, Herr Fischer, als eine ganze Rote von Gewerkschaftsbeamten dem Beispiele ihres Herrn und Meisters Legien folgten?

Wo waren Sie, Herr Fischer, als der Sohn eines Parteivorstandsmitgliedes das Parteiblatt abbestellte, weil es nicht seine Meinung vertrat?

Wo waren Sie, Herr Fischer, als der edle Kämpfer Thurow in jener berühmten „Friedensversammlung“ der Berliner Mehrheitsseparatisten klar und unzweideutig gegen den „Vorwärts“ agitierte und zum Boykott des Blattes aufforderte?

Warum haben Sie da geschwiegen? Warum haben Sie den Boykott jener Leute still schmunzelnd hingenommen, Sie Gerechtigkeitsfreund und unbestechlicher Cato? Jetzt kommen Sie mit Ihrem Appell an die Gewerkschaftsmitglieder, jetzt versprechen Sie in Ihrem Aufruf alles mögliche Schöne. Aber Ihr unehrliches Doppelspiel soll nicht vergessen werden. Es wird den Berliner Arbeitern schon klargemacht werden, wer Treu und Glauben mit Füßen tritt. Sie haben Wind gesät und werden Sturm ernten.

An die Funktionäre unserer Organisation!

Genossinnen und Genossen! Die jetzige schwere Zeit legt uns allen doppelte Pflichten auf: wir, die wir daheimgeblieben sind, haben die Aufgabe, unsere Organisationen zu erhalten, haben alle Hände voll zu tun, um für Reinhaltung sozialistischer Grundätze zu wirken. Diese Aufgabe wird erschwert durch Sonderbestrebungen, die von Leuten ausgehen, die früher nicht laut genug gegen Sonderzusammenkünfte zetern konnten. Ihnen sind Sonderbestrebungen das erstrebenswerte Ziel, die Zerreißung der Organisation ist ihr Ideal. Um so mehr haben die Funktionäre in den Kreisen die heiligste Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß keine Lücke bleibt, daß die Mitglieder strengste Pflichterfüllung üben. Enger müssen wir uns zusammenscharen. Die Mitglieder müssen in ihren Wohnungen aufgesucht werden, um sie der Organisation zu erhalten; sie müssen daran er-

innert werden, daß die Mitarbeit jedes einzelnen in heutiger Zeit mehr wie je geboten ist. Sollen die Organisationen ihre Aufgaben voll erfüllen, muß gewissenhafte Beitragsleistung zur Bedingung gemacht werden. Nur dann können wir auch tatkräftig wirken. Engster Zusammenhalt, gewissenhafte Pflichterfüllung tut not!

Wirkt dafür!

Folgeschwere Beschlüsse.

Das „Vorwärts“-Verbot hat in Berliner Parteifreien tiefgehende Erregung und hochgradige Empörung hervorgerufen. Die Verhandlungen, die sich in der dem Verbot folgenden Woche unter den Parteikörperschaften abspielten, werden in der Berliner Parteigeschichte von weittragender Bedeutung sein. Die Einzelheiten der Verhandlungen sind den Genossen in den Organisationen mitgeteilt, und wir wollen an dieser Stelle uns darauf beschränken, darauf hinzuweisen, daß als Endergebnis aller Beratungen folgendes Schreiben des Parteivorstandes an die Preßkommission anzusehen ist:

Berlin, den 17. Oktober 1916.

An den
Voritzenden der Preßkommission des „Vorwärts“,
Herrn Oskar Wißke

O. 112,
Grüneberger Str. 9.

Werter Genosse!

Die mehrfachen Verhandlungen, die wir in den Tagen des „Vorwärts“-Verbots mit dem Zentralvorstand und der Preßkommission führten, haben ergeben, daß es unmöglich ist, mit diesen Körperschaften zu einer Verständigung über Maßnahmen zu gelangen, die die Aufhebung des „Vorwärts“-Verbots ermöglichen.

Der Parteivorstand glaubt aber nicht länger auf das Wiedererscheinen des „Vorwärts“ verzichten zu können, wenn der Partei nicht großer politischer und wirtschaftlicher Schaden entstehen soll, den wir nicht verantworten können.

Deshalb sehen wir uns gezwungen, dem Oberkommando zur Kenntnis zu bringen, daß ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion des „Vorwärts“ eintreten soll, mit der Vollmacht, über den Inhalt des „Vorwärts“ zu entscheiden. Sollte das Oberkommando danach das Verbot des „Vorwärts“ aufheben, werden wir zur Durchführung dieser Maßnahme das Erforderliche veranlassen.

Mit Parteigruß

gez. S. Müller.

Mit dieser Entscheidung setzte der Parteivorstand sich über alle Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei hinweg und raubte den Berliner Genossen in der schändlichsten Weise ihr Blatt. Ihr Blatt, das Blatt der Berliner Genossen, war der „Vorwärts“. Die Berliner Genossen sind es gewesen, die jahraus, jahrein unter großen Opfern die „Vorwärts“-leser zu mehrern suchten und andere, die uns verlassen wollten, aufsuchten, um sie dem Blatte zu erhalten. Das geschah, weil die Genossen die

Ueberzeugung haben konnten, daß sie auch das Bestimmungsrecht und auch das Eigentumsrecht auf ihr Blatt hatten, daß sie dafür wirken konnten, daß ihr Blatt in ihrem Sinne gehalten werden würde.

Der Beschluß des Parteivorstandes hat alles zunichte gemacht. Leider! Zum Schaden unseres Blattes, zum Schaden der Berliner Partei und nicht zuletzt auch der Gesamtpartei.

Die „Vorwärts“-Frage vor der Verbandsversammlung.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine Berlins und Umgegend nahm am Sonntag, den 29. Oktober, zu der „Vorwärts“-Frage Stellung. Sie kam nach eingehender Aussprache zu folgenden Beschlüssen:

I.

Die Generalversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin erklärt:

Daß der Parteivorstand ein Verbot des „Vorwärts“ auf Grund des Belagerungszustandes dazu ausgenutzt hat, um den „Vorwärts“ unter Bruch des Parteistatuts und unter Nichtachtung der Rechte der Berliner Parteigenossen wie der Redakteure völlig in seine Hand zu bringen, kennzeichnet sich als eine parteischädigende und ehrlose Handlung im Sinne des Parteistatuts.

Die Generalversammlung richtet jetzt schon an die Parteigenossen im ganzen Reich die dringende Aufforderung, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß keinem der Teilnehmer und Begünstiger des „Vorwärts“-Raubes von neuem ein Parteiamt oder ein Reichstags- oder Landtagsmandat oder irgendeine sonstige Ehrenstellung in der Partei übertragen wird.

Einstimmig angenommen.

II.

Der Antrag Teltow-Beeskow, welcher die Beitragsperre empfiehlt, sowie ein dem Inhalt nach gleichartiger Antrag einiger Parteigenossen des 2., 3., 4. und 6. Wahlkreises wurden mit 65 gegen 266 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Teltow-Beeskow: Abbestellung des „Vorwärts“, wurde gegen 106 Stimmen abgelehnt und der Antrag des Zentralvorstandes, welcher folgenden Wortlaut hat, mit 212 Stimmen angenommen:

Da der Parteivorstand durch sein Vorgehen, weit über die Forderungen der Militärbehörden hinausgehend, die Hand auf den „Vorwärts“, das Eigentum der Groß-Berliner Genossen, gelegt und die von den Aufsichtsinstanzen eingesezte Redaktion vergewaltigt hat, da er weiter dem „Vorwärts“ eine Haltung gibt, die der politischen Ueberzeugung der überwältigenden Mehrheit der Berliner Genossen widerspricht, fordert die Verbandsgeneralversammlung den Parteivorstand auf, seine Gewaltmaßregeln aufzugeben.

Geschieht das nicht, so verpflichtet die Verbandsgeneralversammlung die Berliner Parteigenossen, die Zahlung des „Vorwärts“-Abonnements so lange einzustellen, bis der Parteivorstand sein statutenwidriges Verhalten aufgeben

hat und die Groß-Berliner Organisationen wieder zu ihren Rechten auf den „Vorwärts“ gekommen sind.

III.

Die Berliner Parteigenossen haben ein unbestreitbares Recht auf ein ihren Anschauungen entsprechendes Parteiblatt. Unter Rechts- und Treubruch und unter Ausnutzung des Belagerungszustandes hat der Parteivorstand die Berliner Genossen vergewaltigt, die unter großen persönlichen und finanziellen Opfern das „Vorwärts“-Unternehmen geschaffen und hoch gebracht haben.

Um das Recht der Berliner Genossen zur Geltung zu bringen, wird ein Aktionsausschuß eingesetzt, zu dem jeder Kreis ein Mitglied delegiert. Der Aktionsausschuß erhält die zu diesem Zweck erforderliche Vollmacht.

Die heutigen Beschlüsse werden diesem Ausschuß überwiesen.

Der Antrag Teltow-Beeskows, welcher die Arbeitsniederlegung der Redaktion fordert, wurde gegen 46 Stimmen abgelehnt und mit 257 Stimmen wurde folgender Antrag angenommen:

Die Generalversammlung spricht der Redaktion des „Vorwärts“ ihr volles Vertrauen und die Anerkennung dafür aus, daß sie gegenüber dem Gewaltstreich des Parteivorstandes und dem brutalen Auftreten des Parteivorstandsmitgliedes Müller nicht vom Plake gewichen ist.

Sie erwartet, daß die Redaktion auch ferner trotz ihrer berechtigten Gefühle im Interesse der Berliner Genossen und der Gesamtpartei ausharren wird.

Sie ist aber auch überzeugt, daß die Redaktion alle geeigneten Schritte tun wird, um ihre durch Parteistatut und Vertrag wohlbegründeten Rechte wiederzuerlangen, die ihr vom Parteivorstand gewalttätig geraubt sind.

Angenommen mit 296 gegen 2 Stimmen.

Diesem Aktionsausschusse wurden eine Anzahl Anträge zur weiteren Erledigung überwiesen. Darunter befinden sich Anträge, die ein engeres Einvernehmen mit den Genossen im Reich und gemeinsame Abwehrmaßnahmen zur Rettung der Partei verlangen, sowie Anträge die darauf hinauslaufen, daß Berliner Abgeordnete (2. und 3. Kreis), die an dem Raub des Blattes mitgewirkt haben, ihre Mandate zurückgeben sollen.

Anwesend waren vom ersten Wahlkreis 9 (es fehlte einer) Vertreter, vom zweiten 14 (einer), vom dritten 10, vom vierten 60 (3), vom fünften 11, vom sechsten 65 (6), von Teltow-Beeskow 70 (17), von Niederbarnim 49 (2), vom Zentralvorstand 54 (6), von den Stadtverordneten 3 (9), von den Reichs- und Landtagsabgeordneten 5 (3), vom Parteivorstand einer (8), von der Redaktion ein Vertreter, insgesamt 358, 86 fehlten.

Die Stellung der Wahlkreise.

Am 27. Oktober nahmen die Genossen der Berliner Wahlkreise zu der Streitfrage Stellung. Im zweiten Wahlkreise stimmten 171 Genossen für die Verweigerung der Abonnementszahlung, dagegen 38 Genossen.

Im dritten Kreise war das Stimmenverhältnis 112 gegen 25.

In der sehr gut besuchten Versammlung des vierten Kreises stimmten nur 3 Genossen gegen den vorgelegten Antrag auf Verweigerung des Abonnementgeldes; ein Antrag auf Boykott des „Vorwärts“ wurde gegen 10 Stimmen abgelehnt, die Beitragsperre verfiel gegen 11 Stimmen der Ablehnung. Einstimmig wurde die Redaktion aufgefordert, auf ihrem Posten zu bleiben.

Im fünften Kreise stellte sich das Abstimmungsverhältnis mit 90 zu 44 Stimmen.

Der sechste Kreis, dessen Generalversammlung aus Delegierten der Zahlabende besteht, erhob einmütig entschiedenen Protest gegen das Vorgehen des Parteivorstandes. Die Generalversammlung erhob folgenden Antrag der Kreis-konferenz zu ihrem Beschluß:

„Die Kreis-konferenz des 6. Berliner Reichstagswahlkreises erhebt entschiedensten Widerspruch gegen den Gewaltakt des Parteivorstandes, indem er den Berliner Parteigenossen ihr Organ geraubt hat unter Ausnutzung des Belagerungszustandes. Die Parteigenossen verpflichten sich, mit den Parteigenossen von Groß-Berlin zur Bekämpfung dieses Gewaltstreiches einmütig zusammenzuwirken.“

Die Inhibierung der Abonnementszahlung wurde mit allen gegen 5 Stimmen beschlossen, die beantragte Beitragsperre erhielt bei 538 Anwesenden nur 15 Stimmen.

Pflichten und Rechte.*)

Im „Vorwärts“ vom 19. Oktober wurden die Protestresolutionen veröffentlicht, die am Dienstag Preßkommission und Zentralvorstand von Groß-Berlin gegen den einseitig und widerrechtlich gefaßten Beschluß angenommen haben, einem Mitgliede des Parteivorstandes die Entscheidung über den Inhalt des „Vorwärts“ zu übertragen. Diesen Resolutionen wurde eine scheinbar redaktionelle, in Wirklichkeit ohne Kenntnis der Redaktion in das Blatt gegebene Bemerkung angefügt, durch die der einseitige, gegen das Organisationsstatut der Partei verstoßende Beschluß gerechtfertigt wurde. Im

*) Der vorstehende Artikel war von der Redaktion des „Vorwärts“ für die Leser des „Vorwärts“ bestimmt, wurde aber von dem Parteivorstandsenjor Müller abgelehnt. Einige Parteiblätter im Reich haben den Artikel veröffentlicht. Wir drucken ihn gleichfalls ab, damit er wenigstens unseren Mitglieðern als „Vorwärts“-leser zu Gesicht kommt.

wesentlichen durch Wiederholung der Gründe, die bereits in dem Aufruf enthalten sind, den der Parteivorstand am 18. Oktober an der Spitze des „Vorwärts“ veröffentlichte. Auf diesen Rechtfertigungsversuch wird noch eingehend zurückzukommen sein. Für heute möchten wir uns auf Beleuchtung der Schlusssätze beschränken, die sich in besagter Bemerkung befinden. Der Satz, die lauteten:

„Von einer Unterdrückung der freien Meinungsäußerung kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil. Der Parteivorstand ist stets dafür eingetreten, daß im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Partei, auch die Auffassung der Parteilichkeit zur Geltung kommt und nicht nur die der Minderheit. Wir stellen dies erneut fest.“

Die in diesen Sätzen ausgesprochenen Ansichten stellen alles auf den Kopf, was bisher innerhalb der sozialdemokratischen Presse und der sozialdemokratischen Partei als Brauch, Grundsatz und politischer und journalistischer Ehrenkodex galt. Zeigen wir, wie die Dinge liegen.

Durch den einseitigen, parteiverfassungswidrigen Beschluß wird eine Person (obendrein ein Mitglied des Parteivorstandes, also ein Angehöriger der einen der beiden Kontrollinstanzen des „Vorwärts“ selbst) in die Redaktion des „Vorwärts“ gesetzt mit der Vollmacht, über den Inhalt des „Vorwärts“ zu entscheiden. Er wird also zum Chefredakteur ernannt, zum Chefredakteur mit den denkbar weitgehendsten Vollmachten. Dieser neue diktatorisch ernannte Chefredakteur ist nicht ein Mann des Vertrauens der Redakteure, sondern ihr ausgesprochener parteipolitischer Gegner, ein Politiker, der Ueberzeugungen über alle zurzeit aktuellen politischen und parteipolitischen Streitfragen vertritt, die im denkbar schroffsten Gegensatz stehen zu denen der bisherigen Redaktion. Dieser Chefredakteur wird eingesetzt in der ausdrücklich ausgesprochenen Absicht, den Inhalt des „Vorwärts“ in Einklang mit seinen, also in Mißklang zu den Ueberzeugungen der übrigen Redakteure zu bringen. Er verteidigt die Bewilligung der Kriegskredite, die ganze Politik des 4. August mit all ihren bekannten Begleiterscheinungen, die so hitzige Anschauungskämpfe innerhalb der Partei hervorgerufen haben; die bisherige Redaktion bekämpft diese ganze Politik aus prinzipiellen und taktischen Gründen. Der dem „Vorwärts“ vom Parteivorstand aufoktrozierte Chefredakteur will und muß logischerweise dem Blatt den Stempel der „Mehrheit“ aufdrücken; der Redaktion gebieten Ueberzeugung und politisches Gewissen, sich diesem Versuch mit äußerster Energie zu widersetzen und das Blatt in ihrem Sinne zu leiten. Der Chefredakteur beanstandet und kassiert Artikel der Redaktion und die Redaktion muß sich — bei Fortdauer dieses Zu-

standes — voll innerer Empörung gefallen lassen, daß fortgesetzt Ansichten im Blatt veröffentlicht werden, die ihrer Ueberzeugung ins Gesicht schlagen. Der Chefredakteur disponiert nach seinen Intentionen und Ueberzeugungen und die Redakteure stehen ohnmächtig dieser Vergewaltigung gegenüber. Und da kann „von einer Unterdrückung der freien Meinungsäußerung gar keine Rede sein“?

Der Parteivorstand und das von ihm zum Chefredakteur ernannte Parteivorstandsmitglied erklären freilich: Wir wollen gerade die Meinungsfreiheit dadurch herstellen, daß wir im „Vorwärts“ auch die Auffassung der „Mehrheit“ zur Geltung bringen. Das klingt plausibel, ist aber nichts als Täuschung und bestenfalls Selbsttäuschung. Wie in aller Welt will man in einem Blatt zwei einander schroff und unversöhnlich gegenüberstehende Auffassungen paritätisch zum Wort kommen lassen? Das wäre doch nur dann möglich, wenn man das Blatt schon technisch in zwei völlig getrennte, gleich große Teile zerlegte, deren einer Teil von der Mehrheit, deren anderer Teil von der Minderheit völlig unabhängig redigiert würde. Denn aus seiner Haut kann kein Mensch. Unparteiisch und paritätisch kann kein interessierter Politiker ein Blatt aus einander widersprechenden Artikeln zusammensetzen. Führte man aber die Zweiteilung mit getrennten Redaktionen durch, so entstünde ein Zeitungsunikum, wie es in aller Welt noch nicht da war, ein Monstrum, das mit Recht die Zehelische aller Weltblätter bilden würde.

Aber diese Absurditäten mag sich der Leser selbst weiter ausmalen. Die Behauptung des Parteivorstandsmitglieds, seine Chefredaktion bedeute keine Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, wird schon schlagend dadurch widerlegt, daß die erste Voraussetzung aller Meinungsfreiheit, die Meinungsfreiheit der Redaktion selbst, in der unerhörtesten Weise getnebelt wird.

Was ist die erste und unbedingte Voraussetzung jeder Tätigkeit einer Redaktion? Daß sie selbst den Inhalt des ihrer Leitung vertrauten Blattes bestimmt. Auch bei einer Chefredaktion ist das nicht anders. Denn eine Chefredaktion ist — zahlreiche Fälle der Praxis haben das innerhalb der Parteipresse erwiesen — überhaupt nur dann möglich, wenn der Chefredakteur kein fremdes, gegensätzliches Element ist, sondern im Einverständnis mit seinen Kollegen und von ihrem Vertrauen getragen seines Amtes waltet. Er kann nichts anderes sein, als der redaktionelle Disponent, der oberste technische und geistige Leiter, dem die Kollegen sich willig und freudig unterordnen, weil er nichts anderes vollstreckt, als ihren politischen und journalistischen Gesamtwillen.

Der „Vorwärts“ hat seit Diebknichts Tod niemals einen Chefredakteur besessen, sondern eine kollegiale, nach demokratischen Grundsätzen

miteinander arbeitende Redaktion. Jedes Mitglied der jetzigen Redaktion hat nur unter diesen Bedingungen seine Tätigkeit im „Vorwärts“ übernommen. Es bedeutet deshalb eine unerhörte Gewissensvergewaltigung und einen Rechtsbruch sondergleichen, ihr plötzlich gewaltsam einen Chefredakteur aufzwingen zu wollen.

Dem widerspricht keineswegs der Umstand, daß es natürlich das Recht der beiden Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“ ist, durch gemeinsamen Beschluß für den „Vorwärts“ die Chefredaktion einzuführen. Aber auch in diesem Fall wäre nur zweierlei möglich: entweder die gültige Einwilligung der Redakteure in den neuen Zustand, oder die ordnungsmäßige Kündigung der Redakteure, denen ihr journalistisches Gefühl verbietet, unter anderen als den vereinbarten und bisher geltenden Bedingungen an dem Blatte fernerhin mitzuarbeiten.

Das sind für jeden Zeitungsbetrieb Selbstverständlichkeiten, die sich aus der Natur der Redaktionstätigkeit, aus der Respektierung der politischen und Berufsehre ergeben. Selbstverständlichkeiten erst recht für die Parteipresse, wo politische Ueberzeugungstreue und journalistische Ehre sicherlich nicht in geringerem Maße stehen, als in der bürgerlichen Presse.

Wir wiederholen: Nur so könnte verfahren werden, auch wenn beide Instanzen, dem Organisationsstatut entsprechend, übereinstimmend die Schaffung einer Chefredaktion beschließen würden. Und zwar einer Chefredaktion, deren politische und parteipolitische Ueberzeugung sich mit der der Redaktion völlig deckte! Was aber geschah im „Vorwärts“? Hier entschied eine Instanz, entgegen dem Einspruch der anderen Instanz, die den offen bekundeten Willen der übergroßen Masse der Leser verkörperte, rechtswidrig und selbstherrlich. Und hier ernannte diese eine Instanz einen Mann zum Chefredakteur mit unbegrenzter Gewalt, der nicht das Vertrauen, sondern das schärfste Mißtrauen der Redaktion genießt, der ihr politischer Antipode ist, in dem sie seit zwei Jahren den Gegner bekämpfen muß! Unter solchen Umständen von einer Redaktion die Unterwerfung unter den ihr aufgedrängten Chefredakteur verlangen oder auch nur wollen, heißt ihr Unmögliches, heißt ihr Schimpfliches und Ehrloses zumuten. Daß Herabwürdigende einer solchen Zumutung fällt aber mit voller Wucht auf diejenigen zurück, die Parteiredakteuren überhaupt etwas derartiges anzufinnen wagen.

Was es angesichts solcher Ungeheuerlichkeiten mit der Versicherung, der Parteivorstand wolle keinerlei Meinungsfreiheit vergewaltigen, sondern sie im Gegenteil herstellen, auf sich hat, braucht nicht erst weiter dargelegt zu werden.

Wohl aber hat die Redaktion des „Vorwärts“ bisher ihren Redaktions- und Parteipflichten in jedem Sinne entsprochen. Sie hat,

wozu sie nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet war, im „Vorwärts“ ihre Ueberzeugung nach bestem Wissen und Können vertreten und dafür die Zustimmung der übergroßen Mehrheit ihrer Leser und besonders der Vertreter der Groß-Berliner Organisationen erhalten. Aber sie hat auch die demokratische Pflicht des Schutzes der Meinungsfreiheit insofern beobachtet, als sie nach Möglichkeit auch den andersdenkenden Teil der Partei im „Vorwärts“ zu Worte kommen ließ. Ein neutrales, parteipolitisch farbloses Blatt wollte, konnte und durfte eine Redaktion von politisch urteilsfähigen und überzeugungstreuen Männern nicht aus dem „Vorwärts“ machen, sie mußte ihm das Gepräge ihrer Auffassung aufdrücken. Aber sie gewährte den Entgegnungen zahlreicher Andersdenkender, wie Cunow, Lenich, Haenisch, Winnig, Regien, Heine, Otto Braun, Scheidemann und anderen ein so weites Maß von Meinungsfreiheit, wie es kein anderes deutsches Parteiblatt seinen parteipolitischen Gegnern eingeräumt hat! Das geschah nicht nur, weil der „Vorwärts“ Zentralorgan ist, sondern weil die Redaktion es ohnehin jederzeit als Gebot der Klugheit und des politischen Anstandes betrachtet hat, seine Leser, soweit als irgend möglich, auch mit den Argumenten der anderen Richtungen der Partei bekanntzumachen. Eine Verpflichtung des Zentralorgans, sich entgegen der Ueberzeugung der Redakteure in den Dienst der jeweiligen wirklichen oder auch nur, wie in diesem Falle, vorgeblichen Mehrheit der Partei zu stellen, ist niemals von irgendeiner bindenden Parteinstanz aufgestellt worden; sie wäre ja auch, wie der Parteivorstand selbst wiederholt zugestanden hat, gleichbedeutend mit einer würdelosen Zumutung an die Redakteure gewesen.

So hat die Redaktion des „Vorwärts“ ihre Pflichten stets sorgsam wahrgenommen. Darum besteht sie jetzt nicht minder unerwidterlich auf die Wahrung ihrer unbestreitbaren Rechte. Entspricht ihre Haltung nicht den Wünschen der durch das Organisationsstatut der Partei genau bestimmten beiden Instanzen, so muß man ihr ordnungsgemäß kündigen. Geschieht das in der Form des Rechtes und unter Einhaltung der der Redaktion gegenüber zu wählenden Verpflichtungen, so wird sie sich ohne Murren der Kündigung fügen. Jedem Versuch einer Vergewaltigung aber setzt sie unbeugsam Widerstand entgegen, in der Zuversicht, bei allen rechtlich denkenden Genossen wirksamste Unterstützung zu finden.

Eine nette Gesellschaft.

Ende der verfloffenen Woche brachte die „Internationale Korrespondenz“, die von dem Angestellten der Generalkommission A. Baummeister unter dem Protektorat Karl Regiens herausgegeben wird, unter der

Ueberschrift „Mehring als Flugblattschreiber“ eine Notiz, die von der rechtsstehenden Presse („Post“ usw.) sofort freudestrahlend nachgedruckt wurde. Die Notiz lautet:

„Wie in der Sitzung des Reichstags, hat Genosse Scheidemann auch im Hauptausschuß des Reichstags bei den Erörterungen über den Belagerungszustand zur Sprache gebracht, daß der über 70 Jahre alte Schriftsteller Genosse Franz Mehring in Schutzhaft genommen und trotz seines leidenden Zustandes in einer engen Zelle untergebracht worden sei. Ein Regierungsvertreter antwortete, daß Mehring jetzt in einem großen, lustigen Raum weile und daß ihm weitgehende Erleichterungen gewährt würden. Die von Scheidemann für Mehring und andere in Schutzhaft genommene Personen geforderte Freilassung lehnte der Vertreter der Regierung ab. Er gab als Grund für die Inhaftnahme Mehrings an, es gehe aus einem aufgefangenen Briefe Mehrings an den Reichstagsabgeordneten Genossen Herzfeld hervor, daß Mehring zu Straßendemonstrationen Vorbereitungen treffen wolle.“

An dieser Stelle soll als interessant hervor-gehoben werden, daß Mehring in dem Brief an Herzfeld, der im Ausschuß zur Verlesung gelangte, schrieb, er wolle zu einer von ihm angeregten Sitzung den Entwurf eines Flugblattes mitbringen. Er bitte, ihm das nicht als Aufdringlichkeit auszulegen, denn er habe ja im Auftrage Herzfelds schon einige Flugblätter geschrieben. Bei seiner Vernehmung hat Mehring über die von ihm verfaßten Flugblätter angegeben, daß sie gegen den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion gerichtet gewesen.

Mehring hat in seinem Leben durch mancherlei schriftstellerische Arbeiten gelinde gesagt Verwunderung erregt. Daß ein Mann von seiner wissenschaftlichen Bedeutung und seinem großen Können sich dazu hergebe, *Sudelschriften der übelsten Art gegen Parteivorstand und Reichstagsfraktion* zu schreiben, haben wir ihm doch nicht zugetraut, als die Vermutung ausgesprochen wurde, er könne der Verfasser sein. Daß Mehring als *Beauftragter Herzfelds* diese *standalöse Heverei* innerhalb der Partei betrieb, läßt ihn erneut als ein psychologischs Rätsel bedenklichster Art erscheinen. Wegen der Beschränkung der persönlichen Freiheit, der Mehring zurzeit unterworfen ist, begnügen wir uns mit der Feststellung der Art seiner neuesten Betätigung, über die später mehr zu sagen sein wird.“

Man beachte den Sachverhalt: Ein Regierungsvertreter erklärt in der Reichstagskommission, Mehring habe „zu Straßendemonstrationen Vorbereitungen treffen“ wollen. Beweis: ein aufgefangener Brief, der angeblich von Mehring stammt, und in dem dieser dem Genossen Herzfeld von dem Entwurf eines Flugblattes Mitteilung macht, den er zu einer Sitzung mitbringen wolle. Er habe ja im Auftrage Herzfelds schon einige Flugblätter geschrieben. Was folgt nun — selbst angenommen, der „aufgefangene“ Brief sei echt — aus seinem Inhalt? Die „S. R.“ sagt es: Mehring habe sich als „Beauftragter Herzfelds“ dazu hergegeben, „Sudelschriften der übelsten Art gegen Parteivorstand und Reichs-

tagsfraktion“ zu schreiben. Woher weiß die „S. R.“, daß die Flugblätter, die Mehring angeblich geschrieben hat, sich gegen Parteivorstand und Reichstagsfraktion richten! „Sudelschriften übelster Art“ nennt die „S. R.“ diese Flugblätter. Soll das von nun ab eine allgemeine Bezeichnung für Druckerzeugnisse sein, die nicht auf „ordnungsmäßigem Wege“ erscheinen, oder gilt diese Bezeichnung nur für die, die dem Genossen Mehring zugeschrieben werden? In diesem Falle erscheint die obenstehende Leistung der „S. R.“ als eine so beispiellose Niederträchtigkeit, daß man Schamrot werden muß bei dem Gedanken, solche Burschen, wie die Herausgeber, Mitarbeiter und Beschützer dieses sauberen Giftmischerorgans an einflussreichen Stellen in derselben Partei und in denselben Gewerkschaften zu wissen, die durch die unermüdlige Arbeit und zahlreiche Opfer einiger Arbeitergenerationen groß geworden sind.

Inzwischen sind die Fälle Mehring und andere im Reichstage zur Beleuchtung der Frage der Schutzhaft behandelt worden, und es ist bekannt, wie allgemein der Unmut über diese Zustände zum Ausdruck gekommen ist. Niemand hat sich gefunden, der die Frage so behandelt hat, wie dies in der „S. R.“ geschehen ist. Nicht einmal die rechte Seite des Reichstages hat das getan.

Die Parteipresse zum „Vorwärts“-konflikt.

Die Parteipresse hat sich über die „Vorwärts“-Frage in verschiedener Weise geäußert, wie das vorauszu sehen war. Bei ihren Äußerungen lagen ihr im wesentlichen nur die Erklärungen vor, die sie im neuen „Vorwärts“ lesen konnte. Diese Erklärungen geben allerdings für eine sachgemäße Beurteilung der Angelegenheit kein lückenloses Material. Ein Teil der Blätter hat sich mit der bloßen Wiedergabe der veröffentlichten Erklärungen begnügt, ein anderer Teil nimmt eine „vermittelnde“ Haltung ein. Offene Genugtuung bekunden nur wenige Organe, während eine größere Anzahl das Verfahren des Parteivorstandes mit mehr oder weniger scharfen Worten brandmarkt. Wir können nur einige Probestimmen herausgreifen:

Die „Leipziger Volkszeitung“ gibt ihren Lesern eine ausführliche Sachdarstellung, die ihr aus der Redaktion des „Vorwärts“ zugegangen ist, und stellt sich vollkommen auf den Standpunkt der vergewaltigten Redaktion und der Berliner Genossen.

Die *Danziger „Volkswacht“* vom 21. Oktober knüpft an die Mitteilung vom Wiedererscheinen des „Vorwärts“ mit dem Aufruf des Parteivorstandes den Wunsch:

„Hoffentlich ist damit auch der unerträgliche und ganz undemokratische Zustand beendet, daß das Zentralorgan der Partei tatsächlich das Blatt

einer die Mehrheit rücksichtslos bekämpfenden Sondergruppe ist."

Breslauer „Volkswacht“ vom 20. Oktober:
„Gegen diese angebliche „Annäherung“ (des P. B.) wenden sich nun die Berliner Preßkommission und der Zentralvorstand der dortigen Organisationen, und in der „Leipziger Volkszeitung“ schreibt die „Vorwärts“-Redaktion zwei Seiten lang (was die Leute im Kriege für Zeit und Moran sie Vergnügen haben) über den „Handstreich des Parteivorstandes“. Alle diese Proteste laufen auf die dunkle Drohung hinaus, daß die Berliner Genossen (oder wenigstens die Zahlabende) diesen „Vorwärts“ abschütteln wollen, also neue Zerstückelungsversuche zu den alten fügen werden.

Wir haben nicht die geringste Neigung, unsere Leser mit dem Rattenkönig von Erklärungen, Protesten und Gegenerklärungen zu behelligen, die sich jetzt vielleicht wieder ein paar Wochen lang hinziehen werden. Nur eine Tatsache sei zur Erklärung der Haltung des Parteivorstandes hervorgehoben: Die bisherige Praxis der „Vorwärts“-Redaktion hat die Leser des „Vorwärts“ von 170 000 auf 92 000 bis 95 000 vermindert, während gleichzeitig die Leser der fortschrittlichen „Berliner Volkszeitung“ um 100 000 in die Höhe gingen! Sollte der Parteivorstand warten, bis es dieser Redaktionspraxis gelungen war, auch die zweite Hälfte der Abonnenten zu vertreiben? Und das am Zentrum des politischen Lebens und zu einer Zeit, wo eigentlich jeder Mensch nach dem Zentralorgan der Sozialdemokratie greifen müßte?"

Das Blatt weiß offenbar gar nicht, daß gerade unter der jetzigen Redaktion mit Hilfe der Berliner Genossen der „Vorwärts“ erst in die Höhe gegangen ist.

„Offenbacher Abendblatt“ vom 19. Oktober und **„Oberhessische Volkszeitung“** (Gießen) vom 20. Oktober:

„Soweit die Darstellung des Parteivorstandes. Der „Vorwärts“ wird danach wieder erscheinen, nunmehr aber im Sinne des Parteivorstandes, d. h. der Mehrheit in der Partei redigiert werden. Wir nehmen dabei als selbstverständlich an, daß der Parteivorstand im „Vorwärts“ auch die Minderheit ausreichend zu Worte kommen läßt, entgegen dem bisherigen Verfahren des „Vorwärts“, das konsequent die Kenntnis von den Anschauungen der Mehrheit in der Partei den Berliner Parteigenossen fern hielt. Was gegenüber der neuen Situation nunmehr die Berliner Parteinstanzen, was insbesondere auch die auf dem Boden der Minderheit der Redaktion des „Vorwärts“ tun werden, muß abgewartet werden.“

Am 20. Oktober brachte das **Offenbacher Blatt** dann noch den Stempferschen Artikel, der bekanntlich das Verfahren des Parteivorstandes rückhaltlos billigt.

„Königsberger Volkszeitung“ vom 19. Oktober:

„Der Parteivorstand hätte dem Antrage der Preßkommission beitreten können, denn die Vollmacht, die Beobachtung der Zensurvorschriften zu erzwingen, ist bereits sehr weitgehend, und damit wäre der Forderung des Oberkommandos entsprochen worden. Dem Parteivorstand lag es aber daran — das kommt in seinen Auslassungen

klar zum Ausdruck — entscheidenden Einfluß auf die Haltung des „Vorwärts“ zu bekommen, und deshalb hat er dem Antrage der Preßkommission nicht zugestimmt.“

„Oberfränkische Volkszeitung“ (Hof) vom 19. Oktober:

„Mit dem Wiedererscheinen unter Leitung eines Parteivorstandsredakteurs hat der „Vorwärts“ seinen alten Charakter als Organ der Minderheit verloren, da er jetzt schon in seiner ersten Nummer nach dem Verbot die Stellungnahme im Sinne der Mehrheit sehr deutlich erkennen läßt. Was die Berliner Parteigenossen dazu sagen, muß erst abgewartet werden.“

„Rheinische Tribüne“ (Gera) vom 20. Oktober:

„Der Parteivorstand hat also über die Preßkommission hinweg und gegen dieselbe seine Verfügung getroffen. Damit ist der „Vorwärts“ zum Organ des Parteivorstandes geworden. Das ist ein solch eigenartiges Verfahren, wie es in der Parteigeschichte noch nicht dagewesen ist und wie wir es nach dem Verlauf der Reichskonferenz nicht erwartet hätten. Wir befürchten, daß der „Vorwärts“ als Zentralorgan darunter am wenigsten vorwärts kommt.“

Ebenso äußert sich die **„Rheinische Volkszeitung“** (Greiz) vom 21. Oktober.

Das **Geraer Blatt** fügte am 21. Oktober hinzu:

„Der Parteivorstand hat sich nicht damit begnügt, den Forderungen der Zensurbehörde zu entsprechen, wie das die Preßkommission wollte, er ist weit darüber hinausgegangen und zwingt dem „Vorwärts“ und damit dessen Lesern jetzt seine Gesinnung und seine Politik auf. Das ist ein solch ungeheurerlicher politischer Gewaltakt, wie er in einer demokratischen Partei wohl noch nicht dagewesen ist. Das muß den allerjähresten Widerspruch hervorgerufen und eine Situation schaffen, die die Einheit der Partei auf das schwerste bedroht. Die Verantwortung für die Folgen kann der Parteivorstand nicht von sich abweisen.“

Die **Magdeburger „Volksstimme“** vom 19. Oktober jagt nach einer Stempferschen Korrespondenz:

„Man wird die Maßnahmen des Parteivorstandes verstehen und billigen müssen, wenn man bedenkt, daß das Verbot des „Vorwärts“ durchaus unhaltbare Verhältnisse mit sich brachte. Als das liberale „Berliner Tageblatt“ und die konservative „Deutsche Tageszeitung“ vor einiger Zeit verboten wurden, da konnte den Lesern dieser Blätter wenigstens ein Ersatz geboten werden, indem die in denselben Verlagsanstalten hergestellten und dieselbe Richtung vertretenden Blätter, einerseits die „Berliner Volkszeitung“, andererseits das „Berliner Blatt“ zur Verbreitung gelangten.

Der „Vorwärts“ aber steht allein; wenn er verschwindet, entsteht ein leerer Raum. In Berlin, dem sozialdemokratischen Berlin, gibt es nicht weniger als acht zweimal täglich erscheinende Blätter, die der Rechten zuzuzählen sind. Dazu kommt der illustrierte „Tag“ als neuntes. Die Liberalen verfügen über fünf zweimal täglich erscheinende und fünf täglich einmal erscheinende

Tageszeitungen. Selbst das Zentrum hat in Berlin zwei zweimal erscheinende Blätter. Die Sozialdemokratie hat dagegen nur ein einmal täglich erscheinendes Blatt. Von den Millionen Zeitungsnummern, die in Berlin täglich die Presse verlassen, sind — oder richtiger waren bisher — nur etwa 80 000 sozialdemokratisch! Darin liegt eine große Schwäche der sonst so großen Berliner Partei. Nur bei ihr ist möglich, was bei allen Parteien unmöglich ist: durch einen einzigen Schlag kann sie ihrer publizistischen Vertretung beraubt und gänzlich mundtot gemacht werden. Daß dieser Zustand jetzt durch das Eingreifen des Parteivorstandes vorläufig wieder beseitigt ist, kann nur begrüßt werden."

Die „Märkische Volksstimme“ (Cottbus) vom 19. Oktober konstatiert lediglich, daß der „Vorwärts“ „unter besonderen Umständen“ verboten wurde und „unter ebenfalls besonderen Umständen“ wieder erschienen ist.

Die „Norddeutsche Volksstimme“ (Bremerhaven) vom 19. Oktober bringt unter dem Titel „Chefredakteur von Generalkommandos Gnaden“ die Meldung der bürgerlichen Presse über das Wiedererscheinen des „Vorwärts“.

Das Casseler „Volksblatt“ vom 20. Oktober bringt den Artikel eines „mit den Berliner Parteiverhältnissen sehr vertrauten Genossen“, nämlich Stampfers.

Harburger „Volksblatt“ vom 19. Oktober:

„Der Gegensatz zwischen „Vorwärts“ und Parteivorstand wird durch dieses, durch die Verhältnisse erzwungene Eingreifen des Parteivorstandes nicht geringer. Es würde aber ein großes Unrecht sein, wenn jetzt von der Seite der Minderheit wieder der Vorwurf gegen den Parteivorstand erhoben würde, er hätte sich Rechte angemacht, die ihm nicht zustehen, zumal nach der Lage der Sache offenbar ist, daß ohne dieses Eingreifen des Vorstandes das Erscheinen des „Vorwärts“ während des Krieges überhaupt in Frage gestellt war. Dieses hätte für die Partei eine ungeheure finanzielle Schädigung zur Folge gehabt, da der „Vorwärts“ laut Organisationsstatut Eigentum der Gesamtpartei ist und diese auch für die finanziellen Aufwendungen des „Vorwärts“ aufzukommen hat, ebenso wie in normalen Zeiten geschäftliche Ueberträge des Blattes der Gesamtpartei zugute kommen. Diese Summen waren in den letzten Jahren vor dem Kriege oft sehr bedeutend.“

Nunmehr fungiert gewissermaßen der Parteivorstand in seiner Gesamtheit als verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“. Die Genossen im „Vorwärts“, ebenso auch die Berliner Parteigenossen, werden sich mit diesem Zustand abfinden müssen. Wenngleich dieses Verhältnis nun gerade nicht erquicklich ist, so werden sich doch die Genossen im „Vorwärts“ bei ruhiger Ueberlegung sagen müssen, daß sie die Geister, die jetzt über sie gebieten, selbst gerufen haben.“

Die Zittauer „Volks-Zeitung“ vom 19. Oktober schreibt:

„Der Parteivorstand scheint vollends blind geworden zu sein für das, was im Interesse der Partei zu tun und zu lassen ist. Er begnügte sich nicht damit, dem Oberkommando „für die Zukunft die nötigen Garantien“ zu bieten — dem wäre

mit dem Antrage der Preßkommission in vollem Umfange Genüge geleistet —, er nickte aber darüber hinaus die ihm günstig erscheinende Gelegenheit aus, der „Vorwärts“-Redaktion seine Politik aufzuzwingen. Ob und wie weit dabei die Hoffnung mißspielt, auf diese Weise die gesamten „Vorwärts“-Redakteure ein für allemal loszuwerden, lassen wir dahingestellt. So selbstverständlich es zu anderen Zeiten für die „Vorwärts“-Redakteure wäre, aus der Redaktion auszutreten, so sehr würden wir es bedauern, wenn sie unter den heutigen Umständen ein gleiches täten. Auch der Belagerungszustand wird einmal ein Ende nehmen und der Tag kommen, an dem statt der Instanzen wieder die Parteigenossen entscheiden. Und da wäre es höchst bedenklich, wenn die „Vorwärts“-Redaktion ihrer bisher durchaus bewährten Kräfte beraubt und einzig nach dem Programm der gegenwärtigen Umlerner besetzt wäre.“

Und am 20. Oktober:

„Den Parteivorstand sichts die Stellungnahme der Berliner Organisation nicht an. Er wiederholt fast Wort für Wort, was in der gestern mitgeteilten Erklärung gesagt war, daß „einem Mitgliede des Parteivorstandes nicht zugemutet werden könne“ usw. Im übrigen bleibt es bei dem, was er angeordnet. Er ist offenbar der Meinung, daß der Belagerungszustand ihm hinreichend selbstherrliche Macht in die Hände gespielt hat, seinen Willen für die Dauer des Krieges aufrechtzuerhalten.“

Der „Volksbote“ (Zeitz) vom 19. Oktober:

„Der Aufruf des Parteivorstandes zeigt mit aller Deutlichkeit, daß nunmehr der „Vorwärts“ unter Ausschaltung des Berliner Zentralvorstandes und der Preßkommission in die Hände des Parteivorstandes geraten ist. Aus dem Inhalt der gestrigen Nummer ist noch nicht ersichtlich, wie sich die seitherige Redaktion zu der neuen Sachlage stellt. Die „Leipziger Volkszeitung“ meint, daß es deren erste Empfindung sicher gewesen sei, sofort ihre Stellung niederlegen zu müssen, doch würde sie hoffentlich soviel Selbstbeherrschung aufbringen, nichts ohne Beschluß der Berliner Organisation zu tun. Im übrigen meint die „Volkszeitung“ zum Vorgehen des Parteivorstandes, eine Körperschaft, die eine solche Gelegenheit benützt, richte sich selbst in den Augen aller, die in dieser Zeit der Wirren nicht auf allen Gebieten — aber schon auf allen — völlig umgelernt haben!“

Wir meinen, daß der Parteivorstand alle Ursache gehabt hätte, nicht der Welt aufs neue einen so eklatanten Fall von Meinungsdroßelung vor Augen zu führen. Er hat damit der Parteieinheit einen Väterdienst geleistet. Kaum haben sich die ersten Anzeichen dafür gezeigt, daß ein Auseinanderfallen des Parteikörpers nicht unter allen Umständen zu erwarten ist, und schon sorgt der Parteivorstand dafür, die aufgedämmerte Hoffnung rücksichtslos zu vernichten. Ob er sich der Verantwortung bewußt ist?“

Der „Fränkische Volksfreund“ (Würzburg) schreibt am 20. Oktober:

„Was die Gegner des „Vorwärts“ wünschten, ist aber jetzt erreicht. In dem Augenblick, wo die „Vorwärts“-Redaktion im schwersten Konflikt mit der Zensur lag, im Augenblick, wo die Zensurbehörde die Demission der „Vorwärts“-Redaktion kategorisch forderte, um der Vertretung des Minderheitsstandpunktes im „Vorwärts“ ein Ende zu

machen, in diesem Augenblick hat der Parteivorstand seine schon beim ersten „Vorwärts“-Konflikt geoffenbarten Absichten durchgeführt, hat nicht nur die Vertretung des Minderheitsstandpunktes im „Vorwärts“ unmöglich gemacht, sondern hat durch einen Gewaltakt die bisherige Haltung des „Vorwärts“ in ihr Gegenteil verkehrt, hat ihn unter Ausnützung dieser politischen Situation gegen die eigenen Parteigenossen zu einem Mehrheitsorgan gemacht. Das war kein Heldentat, Oktavio!

Es war ein unbedingtes Erfordernis des politischen Takttes, daß der Parteivorstand von einem solchen Vorgehen Abstand nahm. Ein dauerndes Verbot des „Vorwärts“ hätte der Partei keinen größeren politischen Schaden bringen können als sein neuester Gewaltakt. Hat er nicht vorhergesehen, daß es Genossen geben wird, die ihn offen beschuldigen werden, der Zensur in die Hände gearbeitet zu haben, und die ihre Beschuldigung darauf stützen werden, daß im Effekt das erreicht ist, was das Oberkommando in den Marxen erreichen wollte, während doch kein zwingender Grund vorlag, den Vorschlag der Pressekommision abzuwehren. Wenn etwas unsere Behauptung stützen kann, daß die geschichtliche Bedeutung des Verhältnisses zwischen Zensur und Presse von unseren Zeitgenossen nicht gewürdigt wird, denn diese Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Ohne jeden politischen Weitblick, ohne Sinn für die Bedeutung des Kampfes um die Pressefreiheit, ohne Verständnis für die Ehre der Presse, hat er den Ausweg gewählt, der dem Ansehen der sozialdemokratischen Partei am meisten schaden wird — er hat glatt kapituliert. Was diese Haltung in diesem Augenblick bedeutet, darüber wird die Geschichte urteilen.“

Das „Redar-Gcho“ (Heilbronn) schreibt am 19. Oktober:

„Das Wiedererscheinen ist von einem Redaktionswechsel abhängig gemacht worden, weil die militärischen Behörden mit der seitherigen Redaktion nicht mehr arbeiten wollten. Das war zwar ein politischer Mißgriff ersten Ranges, er hat ja auch im Reichstag eine Rolle gespielt, aber das Oberkommando war nicht zu bewegen, von seinem Standpunkt abzugeben. Der Parteivorstand hat sich redlich bemüht, die Sache einzurenken, aber die Pressekommision und der neugewählte Berliner Vorstand hätten lieber das ganze Blatt draufgehen lassen, als daß sie mitgeholfen hätten, eine Lösung zu finden. Sie fühlen selbst, daß ein unter ihrer Herrschaft stehendes Blatt dem Siechtum verfallen muß, wie denn auch erschreckend viele Vorwärtsleser während des Krieges zur bürgerlichen Presse abgeschwenkt sind. Darum gaben sie sich weiter keine Mühe. Der Parteivorstand hat nun eines seiner Mitglieder (wer wird nicht gesagt, wahrscheinlich ist es der Genosse Müller) mit den Befugnissen eines Chefredakteurs in die Redaktion des „Vorwärts“ eintreten lassen. Auf diesen Mittelweg ist das Oberkommando schließlich eingegangen und seit gestern kann das Blatt wieder erscheinen.“

Und am 20. Oktober zitiert das Blatt die „Dresdener Volkszeitung“:

„Wir sind der Ansicht, daß der Parteivorstand unter den gegebenen Verhältnissen so gehandelt hat, wie er sowohl im Interesse der Gesamtpartei als auch im Interesse der Berliner Arbeiterschaft handeln mußte. Es ist dabei zu bebauern, daß

ein Einverständnis mit der Berliner Pressekommision nicht zu erlangen war. Es besteht nun aber die begründete Hoffnung, daß die Berliner Parteiverhältnisse endlich zu einer Gesundung gelangen.“

Chemnitzer „Volksstimme“ vom 20. Oktober:

„Der neue „Vorwärts“-Konflikt dürfte damit für absehbare Zeit erledigt sein. Es ist für die Kriegszeit ein notdürftiger Uebergangszustand geschaffen, der weder in Methode noch Ergebnis irgendeinem Beteiligten Freude machen wird, aber das Zentralorgan wenigstens über die Kriegszeit hinaus rettet. Nach dem Kriege ist die reinliche Scheidung zwischen Zentralorgan und Berliner Parteiblatt unvermeidlich, die Versorgung Großberlins und der Gesamtpartei mit einem billigeren Lokalblatt und einem großzügigen politischen Organ der Partei unabweisbar notwendig. Die Mittel dazu müssen geschaffen werden, und ein Parteivorstand, der mutig wagt und in der Auswahl seiner Mitarbeiter eine glückliche Hand hat, wird auch großen Erfolg haben und damit für die Partei einen gewaltigen Fortschritt erwirken.“

Bremer Bürger-Zeitung“ vom 19. Oktober:

„Seit vielen Monaten ist von Vertretern der Mehrheitspolitik in niederträchtiger Weise gegen den „Vorwärts“ gehetzt worden. Weshalb? Weil seine Redakteure in der Mehrzahl aus innerster Ueberzeugung grundsätzliche Gegner der Mehrheitspolitik und damit Gegner der Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes waren. Von den sozialdemokratischen Gegnern des „Vorwärts“ wurde die furiose Auffassung vertreten, er müsse als Zentralorgan der Partei die Politik der sogenannten Mehrheit vertreten. Das war nichts anderes als das unverehämte Bestreben, außer dem bürokratischen Apparat der Partei auch die Presse in die Hände einer Anzahl von Parlamentariern und Parteibonzen zu bringen, die erst noch den Nachweis erbringen sollen, daß auch die Mehrheit der Parteimitglieder hinter ihnen und ihrer Politik steht. Daß gleichzeitig den Redakteuren des „Vorwärts“ damit zugemutet wurde, zugunsten der sogenannten Mehrheitspolitik abzudanken, oder sich in ihre willfähige Kulis zu verwandeln, ist gleichfalls leicht einzusehen. Hätten die Redakteure sich einem solchen Ansinne gefügt, hätten sie unter den obwaltenden Umständen den „Vorwärts“ nicht ihrer Ueberzeugung gemäß redigiert: sie wären für alle Zeit als charakterlose Männer erledigt gewesen. Es ehrt sie und die wirklichen Sozialdemokraten werden es ihnen eines Tages danken, daß sie in schwerer Stunde getan haben, was demokratische Pflicht und proletarische Ehre ihnen gebot.“

Was der Parteivorstand jetzt getan hat, ist die Ausführung dessen, was die rücksichtslosesten Vertreter der Mehrheit seit langer Zeit immer nachdrücklicher von ihm gefordert haben. Das hat derselbe Parteivorstand getan, der immer und überall die Einheit der Partei erhalten zu wollen vorgegeben hat. . . .

Und am 20. Oktober:

„Der Parteivorstand hat also durch einen Gewaltstreich die Berliner Parteigenossen ausgeschaltet, die Beschlüsse der Berliner Parteiorganisation beiseite geschoben. Das ist eine der trassiesten Verletzungen des Organisationsstatuts. § 25 lautet: „Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie zur

Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine **Preschkommission**. Die **Preschkommission** entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans."

Jetzt hat der Parteivorstand **selbtherrlich** entschieden, daß er sich den behördlichen Zumutungen trotz des Widerspruchs der Preschkommission füge. Er benutzte die Schwierigkeiten und die Notlage des Blattes dazu, die ihm unbequeme Richtung des bisherigen „Vorwärts“ mit einem Schlage zu beseitigen, sich selbst an die Spitze zu stellen und die linksgerichtete Politik des Blattes **rechts** zu schwenken. Nun ist das Blatt gesichert, jetzt wird die Durchhaltepolitik der Fraktionsmehrheit einen **stammen Verteidiger** haben."

„Volksblatt für Halle“:

„... das möchten wir feststellen, daß wir mit dieser Parteivorstandslösung des Konflikts nie und nimmer einverstanden sein können. Andere Lösungen mühten und konnten erfolgen. Welche Folgen das diktatorische Vorgehen des Parteivorstandes haben muß, werden wir bald erleben. Die Parteigerrüttung wird durch diesen Schlag in ungeheurer Weise gefördert. Was nun kommen wird, fällt dem Parteivorstand zur Last. Er hat durch selbtherrlichen Machspruch den „Vorwärts“ als Zeitung wieder erweckt, als konsequentes sozialistisches Organ aber eingeargt und begraben. Es lebe die „Demokratie“ in der Partei! Es geht mit Riesenschritten — nach rechts!“

Das „**Volksblatt**“ (Wochum) vom 20. Oktober wendet sich gegen das Bremer Blatt:

„Der Gewaltstreich liegt, was zum Ueberfluß der Wahrheit gemäß hier nochmals festgestellt sein soll, auf seiten der Berliner Parteileitung und der Preschkommission. Wer es anders sagt, fälscht die Tatsachen. Der „Vorwärts“ ist das Organ der Gesamtpartei Deutschlands. Die Berliner Genossen, d. h. die radikale Richtung, haben den „Vorwärts“ aber für ihre zwiespältigen Zwecke ausgenützt. Der Parteivorstand, der über den „Vorwärts“ statutengemäß auch etwas mitzujagen hat, wurde an die Wand gedrückt. Die Radikalen schreiben stets nach Rechten für die Minderheit, aber im „Vorwärts“ wurde das Recht gewalttätig auf den Kopf gestellt; die Parteimehrheit kam im „Vorwärts“ nicht zur Geltung. Das hat der Parteivorstand leider bisher geschehen lassen, ohne die Rechte der Mehrheit zu wahren.“

Jetzt hat der Parteivorstand Garantien geben müssen, damit der „Vorwärts“ wieder erscheinen kann. Er hat nicht eine so blamable Abbitte geleistet und patriotische Haltung versichert, wie der radikale Stadthagen seinerzeit, aber er hat seinen Namen dafür hergegeben, daß der „Vorwärts“ im Sinne des Burgfriedens gehalten wird. Daß die Zensur besteht, ist nicht Schuld des Parteivorstandes, sie wird von allen Seiten scharf bekämpft, wenn der Vorstand aber Garantien leistet, dann muß er auch Rechte haben und zu diesen Rechten gehört auch die Vertretung der Gesamtinteressen der deutschen Partei und nicht bloß der Berliner Radikalen.“

Mannheimer „**Volksstimme**“ vom 19. Oktober:

„Diese Regelung trägt sicher wieder neue Erregung in die Reihen der Parteiopposition. Allein der Parteivorstand hat sich in einer **Zwangslage** befunden, nachdem die Preschkommission des „Vorwärts“ sich bei ihrer Entscheidung nur von politischen

Motiven hat leiten lassen, die unter den leider nun einmal existierenden Verhältnissen des Kriegszustandes nie zu einer Verständigung mit dem Oberkommando geführt haben würden. Die Mitglieder der Preschkommission mußten das auch wissen, und sie mußten von sich aus, wollten sie das Interesse der Partei wahren, in vollem Vertrauen zum und mit dem Parteivorstand nach einem gangbaren Ausweg suchen. Denn es konnte ihnen doch auch nicht einerlei sein, die Berliner Parteigenossen noch für längere Zeit ohne den „Vorwärts“ zu wissen. Einer solchen Verantwortlichkeit waren sich diese Genossen nicht bewußt, vielleicht von vornherein in der Annahme, daß zu guter Letzt der Parteivorstand doch noch die Kasse aus dem Back herausziehen und so der presselosen Zeit ein Ende bereiten werde. Der Parteivorstand entschloß sich, auch diese mit der jetzigen Regelung verbundenen Sorgen auf sich zu nehmen. Leicht zu tragen werden diese nicht sein, um so weniger, als ja die Berliner Parteiopposition nach alter Erfahrung nicht zuwarten wird, wie sich das vom Parteivorstand über die Redaktion des „Vorwärts“ auszuübende Aufsichtsrecht gestaltet. Bei gegenseitig gutem Willen kann sich die jetzt durch Machtpruch getroffene Regelung zu einer Formschade entwickeln; fehlt dieser aber, dann allerdings wird es manch neuen Aerger und Verdruß geben.“

Die „**Fränkische Volkstribüne**“ (Bayreuth) vom 20. Oktober nennt die Umstände, unter denen das Wiedererscheinen des „Vorwärts“ erfolgte, sehr eigenartig und zitiert die „**Leipziger Volkszeitung**“:

„Es ist nicht mehr der alte „Vorwärts“, dessen Redaktion die Sache der Opposition vertrat, der im Sinne der Berliner Organisation geschrieben wurde. Er ist künftig das Organ des Parteivorstandes. Der Parteivorstand hat sich nicht geschaut, das Verbot, die Maßregel der Zensur als eine Gelegenheit zu benutzen, um das Blatt unter seine Fuchtel zu bringen. Der Parteivorstand hat aus seiner Mitte einen Chefredakteur oder Zensur — das kommt in diesem Falle auf eins hinaus — in die Redaktion des „Vorwärts“ gesetzt, der über den Inhalt des Blattes entscheiden soll ...“

Wir müssen uns heute im wesentlichen damit begnügen, diesen Tatbestand, für dessen Kennzeichnung uns die parlamentarischen Worte fehlen, festzustellen. Ob es den Berliner Genossen in dieser schweren Zeit möglich sein wird, den Schachzug des Parteivorstandes zu parieren, ihm Widerstand zu leisten, müssen wir ihrem Urteil überlassen. Die Redaktion des „Vorwärts“, deren erste Empfindung bei diesem Schlag sicherlich die gewesen ist, daß sie sofort ihre Stellung niederlegen müsse, wird die Selbstbeherrschung aufbringen müssen, in der Angelegenheit nichts ohne Beschluß der Berliner Organisation zu tun. Wie aber der auch ausfallen möge, das Urteil über die Handlungsweise des Parteivorstandes kann nur eines sein und es wird so eindeutig lauten, daß wir es hier nicht einmal zu formulieren brauchen. Eine Körperschaft, die eine solche Gelegenheit benutzt, richtet sich selbst in den Augen aller, die in dieser Zeit der Wirren nicht auf allen Gebieten — aber schon auf allen — völlig umgelernt haben!

Die Opposition wird durch diesen Schlag nicht entmutigt werden. Sie wird ihn vielmehr zum Anlaß verdoppelter Arbeit nehmen. Des mag der Parteivorstand sicher sein.“

Düsseldorfer „Volkszeitung“ vom 20. Oktober:

„Wir sind der Ansicht, daß der Parteivorstand mit dieser Tat die Einheit der Partei keineswegs gefördert hat. Es kommt uns manchmal vor, als ob derselbe von allen guten Geistern beim Fassen solcher Beschlüsse verlassen sei.“

„Norddeutsches Volksblatt“ (Rüstringen) vom 21. Oktober:

„Die Differenzen sind unserer Meinung nach höchst unerquicklich. Nach dem Kriege muß es eine der ersten Aufgaben sein, das Zentralorgan und das Blatt der Berliner Parteigenossen voneinander zu trennen. Das gilt auch in bezug auf das Druckereiunternehmen.“

Die „Mecklenburgische Volkszeitung“ (Rostock) vom 21. Oktober bemerkt, daß ihr „das Vorgehen des Parteivorstandes nicht zusagt“.

„Thüringer Volksfreund“ (Sonneberg) vom 21. Oktober:

„Nach den gegebenen Umständen konnte der Parteivorstand nicht anders handeln, wenn für das „Vorwärts“-Unternehmen nicht der schwerste Schaden entstehen sollte.“

„Bergische Arbeiterstimme“ (Solingen) vom 20. Oktober:

„Die internationale Sozialdemokratie hat ein großes führendes Blatt verloren. Das ist ein schwerer Verlust für die Bewegung, aber sie wird dadurch nicht dauernd gehemmt. Die Wiederorientierung der Partei im Sinne des alten sozialistischen Programms ist unaufhaltsam und wird sich vollziehen, auch wenn ihr solche Hindernisse in den Weg gelegt werden. Der neue „Vorwärts“ trägt den Stempel des Parteivorstandes und seine erste Nummer atmet kaum noch etwas vom alten Geist. Die Erklärung des Parteivorstandes an die Leser des „Vorwärts“, die an der Spitze der neuen Nummer steht, haben wir im wesentlichen bereits mitgeteilt. Vorerst ist über die Vorgänge in Berlin nur das bekannt, was der Parteivorstand sagt und wir haben kein Recht, anzunehmen, daß nach des Parteivorstandes Meinung auch eine andere Beendigung der Krise möglich war, durch die der „Vorwärts“ uns so erhalten geblieben wäre wie er war. In den großen Fragen, in denen die Sozialdemokratie mit sich ringt, kann es keine Verkleisterung geben, kein einerseits und andererseits, sondern nur ein- oder andererseits. Das spricht auch der Vorstand aus, indem er zu dem Vorschlag der Preßkommission, daß ein Mitglied des Parteivorstandes die Beobachtung der Zensurvorschriften überwachen und erzwingen solle, sagt:

„Dieser Vorschlag war unannehmbar, da einem Mitgliede des Parteivorstandes nicht zugemutet werden kann, für ein Blatt die Verantwortung zu tragen, auf dessen Haltung er und der Parteivorstand keinen Einfluß haben und das in den Lebensfragen der Partei gegen seine Ueberzeugung redigiert würde.“

Das eine ist sicher. So wie die Lage des „Vorwärts“ jetzt ist, kann sie nicht bleiben. Die gleichen Redakteure wie früher können das Blatt nicht im Sinne des Parteivorstandes machen und die Eigentümer des Blattes sowie die überwiegende Mehrheit seiner Leser wollen den „Vorwärts“ nicht so, wie er jetzt ist. Die Parteibewegung Berlins

wird zweifellos in den nächsten Wochen aufs tiefste erschüttert werden, wenn der Parteivorstand die Machtposition in dem Blatte, die er nicht aus eigener Kraft erringen konnte, nicht bald wieder aufgibt. Es besteht Grund zu der Befürchtung, daß er das nicht tun wird, sondern vielleicht mit Hilfe der neugeschaffenen Organisationen, die er ja als die Parteiorganisationen erklärt, den Berlinern ihr Blatt zu entwenden versucht. Das Objekt ist so ungeheuer groß, daß wir den Berlinern raten würden, sich dieser Organisation durch Eintritt in sie einfach zu bemächtigen.“

„Volksfreund“ (Braunschweig) vom 20. Oktober:

„Wir müssen bekennen, daß wir über das Wiedererscheinen des Zentralorgans keine Freude empfinden können. Erfolgt es doch unter Umständen, die erneut mit aller Deutlichkeit zeigen, wie weit die Verhältnisse in der sozialdemokratischen Partei geblieben sind. . . .“

Den Berliner Arbeitern ist damit ihr Blatt entwunden, wie man früher schon den Arbeitern in Stuttgart, Duisburg und Danzig ihr Organ entwunden hatte. Damit hat die Diktatur des Parteivorstandes Formen angenommen, die kaum mehr übertroffen werden können.“

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, endlich ein Blatt, das immer die Politik des Parteivorstandes vertreten hat, vom 20. Oktober schreibt u. a.:

„Die Nummer des „Vorwärts“, die am Mittwoch nach zehntägiger Pause wieder erschienen ist, macht den Eindruck, als ob es anderes Blatt wäre: aus einem Organ der Minderheit ist da ein Organ der Mehrheit geworden. Negativ, weil die Kritik an der Mehrheit, die sonst das eigentliche Wesen des Blattes gebildet hatte, völlig fehlt, und positiv, weil geradeaus gegen die Minderheit losgegangen wird. Es ist wohl keine bloße Neußerlichkeit, daß in der Wiedergabe der Reden in der auswärtigen Debatte des Reichstags — die der „Vorwärts“ nachtragen muß, weil er damals nicht erschien — die Rede Scheidemanns gegenüber dem Redner der Arbeitsgemeinschaft schon durch den Druck hervorgehoben wird. . . .“

Aus der Erklärung des Parteivorstandes geht hervor, daß er über das Verlangen der Zensurbehörde hinausgegangen ist. Diese begehrte „eine Person, die mit Vollmachten ausgestattet sein müsse, welche auch die notwendigen Garantien biete“. Aber die Zensur hat selbstverständlich nur eine Garantie für die Einhaltung der Zensurvorschriften verlangt und nur dafür Vollmachten geheißt; was soll sie, die Zensur, der Parteistreit bekümmern? Dem wollte die Preßkommission, die die Berliner Genossen vertritt, zustimmen; der Parteivorstand forderte jedoch einen Beschluß, daß ein Mitglied des Parteivorstandes, das in die Redaktion „eintritt“, die Vollmacht erhält, über den Inhalt des Blattes zu entscheiden. Und nachdem die Preßkommission den Vorschlag, der damit das Blatt eben in die Hände des Parteivorstandes legt, abgelehnt hatte, vereinbarte der Parteivorstand die von der Preßkommission abgelehnte Regelung mit dem Oberkommando! Der merkwürdige Vorgang dürfte großer Anfechtung ausgesetzt sein. Wenn sich der Parteivorstand darauf beruft, daß er nach dem Vorschlag der Preßkommission „für ein Blatt

die Verantwortung zu tragen hätte, auf dessen Haltung er keinen Einfluß habe“, so kann geantwortet werden, daß er ja nur die Verantwortung für die Einhaltung der Zensurvorschriften übernehmen hätte sollen, daß ihn aber mit der Verantwortung für die Redaktionsführung auch danach niemand belastet hätte. . . . Jedenfalls hätte der Parteivorstand das Verbot wohl anders auffassen und behandeln müssen, als er es getan hat, und daß er davon Vorteil ziehen will, ist schon gar nicht zu begreifen.“

Das Tischtuch zerschnitten!

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt über die Verbandsversammlung am Sonntag:

„Die Berliner Genossen haben am Sonntag durch ihre Vertretung dem Parteivorstand die Antwort auf den „Vorwärts“ raub gegeben. Sie haben die schlimmste Anschuldigung, die gegen den Vorstand einer politischen Partei ausgesprochen werden kann, gegen ihn erhoben, haben vor der Öffentlichkeit gegen den zur Gut des Parteirechts und der Parteigrundsätze Bestellten die schwere Anklage der ehelosen Handlung im Sinne des sozialdemokratischen Statuts angehängt. Sie haben die politische und menschliche Gemeinschaft mit diesem Parteivorstand und seinen Mitschuldigen vor aller Welt gekündigt, haben sie für unfähig erklärt, jemals wieder ein Amt oder eine Vertrauensstellung aus den Händen der Sozialdemokratie zu empfangen, die festhält an den Grundsätzen und Ehrbegriffen, die bis zum 4. August in der ganzen Sozialdemokratie Geltung hatten — oder wenigstens äußerlich anerkannt waren. Und dieses Urteil wird in der ganzen Opposition im Reich ebenso rückhaltlos einstimmig und entschlossene Zustimmung finden, wie in ihr über die unjagbare Tat des Vorstandes von Anfang an nur eine Stimme war, die nur deshalb gedämpft erklang, weil die Zeitverhältnisse den vollen und ungeschminkten Ausdruck des Gefühls, das jeden anständigen Menschen angesichts dieser Gewalttat unter Ausnützung eines Zensurverbots empfindet, nicht gestatten.“

Diese Resolution Groß-Berlins ist mehr als ein Ausdruck moralischer Entrüstung über eine unqualifizierbare Gewalttat — sie ist ein Aussprechen dessen was ist, und in ihrem zweiten Teil zieht sie Richtlinien für Handlungen, die erfolgen müssen, sobald sich die äußere Möglichkeit dazu bietet. Der Aufruf, den Berlin gegen diesen Parteivorstand ins Reich ergoßen ließ, wird Wirkungen ausüben, die sich heute noch nicht absehen lassen, die aber jedenfalls dem Parteivorstand und der ganzen Rechten noch bitter zu schaffen machen und zu denken geben werden. Der Entschluß zur Tat ist ausgesprochen — die Tat wird folgen, sobald die Zeit gekommen ist.

Nicht ganz so rückhaltlos wie diesen Beschluß können wir den anderen billigen, der das Verhalten der Berliner Genossen gegen den geschändeten „Vorwärts“ bestimmt. Ein offener, direkter Boykottbeschluß wäre uns lieber gewesen und erscheint uns angemessener als die Verweigerung des Abonnementgeldes, die dasselbe Ziel auf einem Umweg erreicht. Aber das ist die Sache der Berliner Genossen, denen wir in ihre eigenen Angelegenheiten nicht hineinreden wollen. Daß sie in einer sehr schwierigen Situation sind, geht aus

dem hervor, was Genosse Haase über die Unmöglichkeit sagte, ein anderes Blatt zu schaffen. So werden sich die Berliner Genossen mit Ersatzblättern behelfen müssen, die aus leicht ersichtlichen Gründen einen vollen Ersatz nicht bieten können und die außerdem durch die strengen Bestimmungen über den Papierverbrauch, dessen Ausmaß nicht etwa mit steigender Auflage steigt, gefesselt sind. Der Parteivorstand hat die Gelegenheit zu seinem Gewaltstreich wirklich gut zu wählen genutzt — mehr denn eine der Fesseln des Belagerungszustandes und der Kriegswirtschaft liefern ihm die Berliner Genossen mit gebundenen Händen aus. Aber um so unjagbarer seine Tat, um so heißer der Grimm und der Groll der Gefesselten und Vergewaltigten. Sie wissen, daß der Belagerungsparteivorstand mit dreifachem Erz der Kunst gepanzert ist, die ihm der Belagerungszustand und die Kriegswirtschaft gewährt. Aber sie nehmen den Kampf trotzdem auf, in der Erkenntnis, daß politisch ehrlos und verloren ist, der sich gegen solche Schändung, wie sie ihnen angetan wurde, nicht zur Wehr setzt. Die Berliner Genossen geben sich keinen Illusionen über das hin, was sie gegen den Parteivorstand tun können, aber sie sind entschlossen, dies Wenige entschieden und rücksichtslos zu tun. Und ihr tiefer Grimm und ihre feste Haltung bürgen dafür, daß sie das Außerste daransetzen werden, um die Berliner Arbeitererschaft vor den verwüstenden Einwirkungen eines Stampfer-Blattes, das treffend mit einem schlechten Generalanzeiger verglichen wurde, zu bewahren.

Die Verhandlungen sind bis auf einige Zusammenstöße zwischen den Vertretern der beiden Richtungen der Opposition, über deren Stärkeverhältnis die Abstimungen Aufschluß geben, äußerlich ruhig verlaufen. Aber dieser äußere Anschein darf die Außenstehenden nicht täuschen. Der Norddeutsche, so hob Genosse Haase treffend hervor, bleibt äußerlich beherrscht, auch dann noch, wenn es in ihm brodelt und zischt und die Spannung hohen Grad erreicht hat. Für das Maß der Erbitterung und der Empörung unter den Berliner Genossen gibt es kein zu starkes Wort, des mögen die Schuldigen an der Gewalttat gewiß sein. Und daß die Entschlossenheit, daß die Tat diesem Maß entsprechen wird, darauf vertrauen wir mit Sicherheit.

Der Beschluß Groß-Berlins wird ein Markstein in der Geschichte der politischen Arbeiterbewegung Deutschlands werden. An ihm scheiden sich die Geister. Wer jetzt die Sprache nicht findet, um seine schärfste Verurteilung über die Tat des Parteivorstandes auszusprechen, der wird bei der Opposition kein Vertrauen mehr erwarten können. Deshalb bedauern wir es lebhaft, daß die Linke der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bisher kein Wort zu diesem politischen Vorgehen gefunden hat. Will sie gänzlich schweigen, wird sie die Entschlußkraft nicht finden, spürt sie nicht die innere, politische wie sittliche Nötigung, zwischen sich und den Gewaltpolitikern um Ebert, Scheidemann und Stampfer das Tischtuch zu zerschneiden? Wir reden ihr nicht zu, aber das soll sie wissen, daß die Opposition das Tischtuch zwischen sich und jenen Leuten zerschnitten hat und daß keine diplomatische Kunst diesen Riß jemals stopfen wird. Was die Ebert, Scheidemann, Müller und Konjorten getan haben, das scheidet sie von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für immer und mer

mit ihnen am selben Tische sitzen bleibt, der rechnet für uns zu den Begünstigern ihrer Tat!

Der Ausschrei der Berliner Genossen aber wird zünden, nicht nur in Groß-Berlin, sondern darüber hinaus im ganzen Reich, soweit die auflärende Arbeit der Opposition bis jetzt gedrungen ist. Er wird uns alle anspornen, ihr immer größeren Umfang zu geben, damit bald der Tag komme, an dem die Tat des Parteivorstandes ihre Sühne findet und die deutsche Arbeiterbewegung gereinigt wird von der Schmach, die ihr angetan worden ist!

Auch eine Antwort.

In einer Erklärung im „Vorwärts“ vom 1. November über den „Streit um den Vorwärts“ schreibt der Parteivorstand u. a.:

„Da der „Vorwärts“ nur noch Minderheitsorgan war, wurde er in der Öffentlichkeit kaum beachtet. Das Zentralorgan war im Begriff, jede Bedeutung für die Öffentlichkeit einzubüßen. Demnach Möglichkeit entgegenzuwirken, sah der Parteivorstand als seine Pflicht an. Er machte deshalb Anfang Juli 1916 den Vorschlag, den „Vorwärts“, das Zentralorgan der Partei, vom „Berliner Volksblatt“ zu trennen, um beiden Teilen, nämlich der Gesamtpartei und den Berliner Genossen, zu ihrem Recht zu verhelfen. Nach unserem Vorschlag konnte beide Blätter einen großen Teil der Textes gemeinsam benutzen, so die Parlamentsberichte, Berichte über Kongresse aller Art, Versammlungen, Stadtverordnetenitzungen usw. Außerdem könnten gemeinsam benutzt werden das Feuilleton, Vermischtes, Soziales und Inserate. Vollkommen selbständig müßte für jedes Blatt natürlich die politische Redaktion sein. Der „Vorwärts“ sollte unter Weglassung des jetzigen Untertitels „Berliner Volksblatt“ als „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ erscheinen, während wir für das „Berliner Volksblatt“ den Untertitel empfahlen „Organ der sozialdemokratischen Partei in Groß-Berlin“. Wir schlugen weiter vor, daß der Preis für beide Blätter der gleiche sein sollte und daß die Änderungen rechtzeitig im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden sollten, damit jeder Abonnent bestimmen konnte, ob ihm die Zeitungsträgerin von einem bestimmten Termin an den „Vorwärts“ oder das „Berliner Volksblatt“ bringen sollte. Daß die gleiche Expedition beide Blätter zu expedieren, dieselben Austrägerinnen beide Blätter auszutragen gehabt hätten, war gleichfalls selbstverständlich. Auf weitere Einzelheiten braucht hier nicht eingegangen zu werden. Das Mitgeteilte zeigt deutlich genug, daß ein durchaus gangbarer Weg, der beiden Teilen gerecht wurde, in Vorschlag gebracht war.“

Zunächst dauerte es sehr lange, bis die Berliner Instanzen sich zu unseren Vorschlägen äußerten. Endlich, am 15. August, kam ein Schreiben beim Parteivorstand an, das folgenden Inhalt hatte:

Berlin, den 15. August 1916.

An den

Vorstand der sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Lindenstraße 3.

W. G. I

Zu den ferneren Verhandlungen über die Regelung der „Vorwärts“-frage unterbreiten Preßkommission und Geschäftsführender Ausschuß folgenden Vorschlag:

Die Genossen Groß-Berlins verzichten auf den Titel:

„Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei“. Der „Vorwärts“ geht, so wie er ist, in die alleinige Verwaltung der Berliner Genossen über und wird ihr Lokalorgan, unter Ausschluß eines irgendwie gearteten Konkurrenzorgans in Groß-Berlin.

Die Druckerei des „Vorwärts“ (Paul Singer u. Co.) ist anerkanntes Eigentum der Berliner Genossen; sie soll durch formal-rechtliche Akte den Genossen Groß-Berlins sichergestellt werden. . .“

Der Geschäftsführende Ausschuß.

J. A.: gez. Adolf Hoffmann.

Diese Antwort auf unsern sachlich begründeten Vorschlag mußten wir nicht nur als glatte Ablehnung ansehen, sondern auch als eine Verhöhnung empfinden. Unser Verständigungsversuch war damit gescheitert.“

Zu dieser Darstellung des Parteivorstandes muß folgendes bemerkt werden: Der vom Parteivorstand erwähnte Vorschlag wurde in einer Sitzung der Preßkommission mit dem Parteivorstand unter Hinzuziehung von Vertretern des Geschäftsführenden Ausschusses und von Mitgliedern der Redaktion von einem Mitgliede des Parteivorstandes gemacht während Verhandlungen, die sich mit der Aufhebung der eingeführten Parteivorstandszensur beschäftigten. Daraufhin vertrugen sich die Körperschaften. Einmal sollte erst der Parteivorstand selber zur Sache Stellung nehmen, dann sollten die einzelnen Körperschaften das gleiche tun. Man wollte dann wieder zusammentreten und weiter beraten. Der Parteivorstand tat das auch und ließ mitteilen, daß er auf dem Boden des von seinem Mitgliede gemachten Vorschlages stehe. Preßkommission und Zentralvorstand machten den oben mitgeteilten Gegenvorschlag, zumal ja auch der Parteivorstand durch den Parteiauschuß dem „Vorwärts“ den Charakter als Zentralorgan hatte absprechen lassen.

Dabei bestand allseitig die Meinung, man würde nunmehr zusammentreten und erneut verhandeln, zumal erst dann, wenn ein greifbares Resultat vorlag, die Genossen in den Kreisen zu den endgültigen Vorschlägen Stellung nehmen konnten. Man wunderte sich nur darüber, daß der Parteivorstand gar nichts mehr von sich hören ließ. Erst jetzt aus seiner Erklärung im „Vorwärts“ am 1. November sehen die Genossen in den zentralen Körperschaften, daß der Parteivorstand es den Genossen berargt, daß sie sich erlaubt haben, einen Gegenvorschlag zu machen und nicht sofort restlos auf seinen Vorschlag eingegangen sind und daß er darin eine Verhöhnung und zugleich eine strikte Ablehnung seines Vorschlages erblickt. Die jetzt öffentlich erteilte Antwort ist auch eine Antwort, und was für eine! Mit Loyalität, mit der der Parteivorstand so oft um sich wirft, hat dieses Verfahren nichts mehr zu tun.

In Ausführung der Verbands- beschlüsse.

Der in der General-Versammlung eingese-
etzte Aktionsausschuß zur Regelung der „Vor-
wärts“-Angelegenheit empfiehlt den Parteige-
nossen, soweit sie nicht schon ein auswärtiges
parteigemäßes Blatt bestellt haben, bei der
Post zunächst die „Leipziger Volkszeitung“ zu be-
stellen, die frei ins Haus 1,14 Mk. den Monat
kostet.

Das Jugendsekretariat.

Zu der Frage des Jugendsekretariats nahm
eine Konferenz der Jugendausschüsse Groß-
Berlins am 1. Oktober Stellung. Sie faßte fol-
gende Beschlüsse:

„1. Die Konferenz der Jugendausschüsse pro-
testiert gegen den Schritt des Zentralvorstandes,
das Jugendsekretariat aufzuheben. Sie ist der
Meinung, daß dadurch die Bewegung aufs ärgste
gefährdet wird.

2. Die Konferenz protestiert energisch gegen
den geplanten Beschluß des Zentralvorstandes,
das Jugendsekretariat zu schließen bzw. neben-
amtlich die Arbeiten des Jugendsekretariats er-
ledigen zu lassen.

3. An die Zentralstelle: Die am 1. Oktober
1916 tagende Konferenz richtet, da vom Zentral-
vorstand die Auflösung des Jugendsekretariats
beschlossen worden ist, an die Zentralstelle den
Antrag, die Weiterführung desselben in Er-
wägung zu ziehen.“

Wie aus den in voriger Nummer des Mit-
teilungsblattes veröffentlichten Verhandlungen
im Zentralvorstand hervorgeht, ist nicht be-
schlossen worden, das Jugendsekretariat zu
schließen, sondern den Jugendsekretär zu kün-
digen. Das bedeutet keine Schließung des Ju-
gendsekretariats. Das Jugendsekretariat soll be-
stehen bleiben, aber auf anderer Grundlage.

Stadtverordneten-Ersatzwahl.

Im 7. Kommunalwahlbezirk der 3. Abtei-
lung war am 29. Oktober eine Ersatzwahl zu
vollziehen an Stelle des Genossen Alfred Bern-
stein, der sein Mandat niedergelegt hatte. In
Ermangelung eines Hausbesizers — denn ein
solcher mußte gewählt werden — hatten die Ge-
nossen in letzter Stunde den Genossen Emil
Eichhorn aufgestellt, für den 350 Stimmen
abgegeben wurden, 20 Stimmen wurden auf
verschiedene Namen abgegeben. Die Wahl Eich-
horns dürfte für ungültig erklärt werden, da
er nicht Hausbesitzer ist.

Die Gemeindevahl in Britz, die am Sonn-
tag, den 29. Oktober, stattfand, endete mit der
Wahl der vom Wahlverein aufgestellten Kandi-
daten Löwenthal und Hoffmann. Von der Gro-
gergruppe waren Butenschön und Witt aufge-
stellt; sie unterlagen aber, trotzdem der „Vor-
wärts“ die Veröffentlichung der Kandidaten des
Wahlvereins mit Hilfe des neuen Chefredak-
teurs unterdrückte und nur die Kandidaten der
Sondergruppe als die alleinigen Kandidaten
veröffentlichte. Die Gültigkeit der Wahl wird
bestritten, da Hoffmann Nichteingesessener ist.

Monatsbeiträge für Oktober 1916

1. Kreis	—,—
2. „	—,—
3. „	200,—
4. „	1000,—
5. „	100,—
6. „	1000,—
Teltow-Beeskow	—,—
Niederbarnim	—,—
Diverse:	
Weberius	1,55
H. B. Rister	1,—
Kinderschutzkommission:	
Dr. Landau, Wandlitz	5,—

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Bezugspreis monatlich 1 Mark, Bestellseld 14 Pfg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an.